

Bericht der Bürgerinitiative

„www.Zukunft-ohne-Passau-Stau.eu“

anlässl. der JHV des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Passau am 17.11.2011
von Leonhard Anetseder



Die Geburtsstunde der BI war im Oktober 2007, ist nun 4 Jahre alt, und es haben sich bis jetzt über 110 Betriebe der BI mit insg. ca. 17.000 Mitarbeitern angeschlossen. Über 20.000 Euro wurden für die Erstellung von Homepage und Flyer von den Mitgliedern und Unterstützern gespendet.

Warum befasst sich der Landwirtschaftliche Bezirksverein von Passau mit dieser Verkehrsproblematik?

Weil aus wirtschaftlichen Gründen auch die Landwirtschaft vor allem durch den Transport von Milch, Holz und Futtermitteln etc. betroffen ist.

Bereits am 16.12.2008 habe ich als Vorsitzender der Bi zusammen mit unserem MdL Konrad Kobler Herrn Staatsminister Joachim Herrmann einen Antrag zum Bau der Nordumfahrung von Passau und den Ausbau der Staatsstraße von der B12 Richtung Wegscheid überreicht.

In einem Brief des Staatsministers Joachim Herrmann vom 29. Mai 2009 an Landrat Franz Meyer, den ich in Kopie erhielt, schreibt dieser, „das Ziel ist es, die Umfahrung Passau als Bundesfernstraßenprojekt voran zu bringen, das Anliegen der nördlich von Passau gelegenen Kommunen nach einer besseren Anbindung an das Autobahnnetz bestmöglich zu unterstützen“. Weiter heißt es, „im Abschnitt zwischen der B 12 und Wegscheid kommt neben dem Freistaat Bayern in Teilabschnitten wohl auch der Landkreis Passau als Baulastträger in Frage“.

In der Versammlung am 15. März 2010 der BI, an der Herr Hermann Wundsam als Vertreter von Bürgermeister Josef Federhofer und Kreisrat und 2. Bgm. Hans Koller teilnahmen, wurde von mir ein Beispiel von der früheren Gemeinde Kellberg, jetzt Thyrnau, gebracht, in dem sich die Gemeinde und der Landkreis bei der Umfahrung von Kellberg beteiligt haben. Heute ist die Straße von Kellberg bis Untergriesbach eine Staatsstraße und so müsste es auch in Hauzenberg möglich sein.

Es ist erfreulich, dass Herr Landrat Franz Meyer diese Vorgehensweise aufgenommen hat, diese Trasse in den Zweckverband Autobahnzubringer eingebracht und nun bei einer Selbstbeteiligung von 15% eine Förderung von 85% für die Umfahrung Hauzenberg erreicht hat. Da das Land Bayern diese Umfahrung Hauzenberg im Ausbauplan nur als Reserve eingeplant hatte wäre ein Ausbau frühestens in ca. 15 Jahren möglich gewesen.

Die BI hofft auf eine Zustimmung der Stadt Hauzenberg und des Landkreis Passau.

Der Druck der BI hat bei Innenminister Herrmann erreicht, dass die Nordumfahrung Passau als Bundesfernstraßenprojekt voranzubringen ist und dieses in den Bundesfernstraßenplan aufgenommen werden soll.

In einem Schreiben der Obersten Baubehörde vom 27.01.2010 heißt es:

„Die mittlerweile vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung geführten Gespräche haben gezeigt, **dass sich eine Nordumfahrung grundsätzlich zwischen A3 und der B12 in das Netz der Bundesfernstraßen einfügt.** Insofern wird der Freistaat Bayern die Maßnahme zur Bewertung im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen anmelden.“

Dies ist 2015, dann wird aber erst beraten und das heißt, dass nicht vor 2020 gebaut werden kann.

Wir haben das positive Ergebnis der Machbarkeitsstudie, die von der Regierung von Niederbayern 2003 veröffentlicht und der EU gefördert wurde vorliegen. Von der Firma Bachl in Deching liegt für einen Teilabschnitt von der B12 zur B85 mit einer Länge von ca. 3,1 km inkl. Brücke eine Kostenberechnung vor. Hier ist inkl. Grunderwerb und Nebenkosten mit ca. 8 Mill. Euro zu rechnen.

Ca. 2.000 Arbeitnehmer fahren täglich einen Umweg von 12 km durch die Stadt Passau im Stau.

An Kosteneinsparungen durch eine Nordumfahrung ist je Arbeitnehmer von ca. 800,- € pro Jahr zu rechnen. Rechnet man die Kosten weiterer Pendler, Handwerksbetriebe etc. hinzu ist in 10 Jahren mit einer Einsparung von rund 8 Mio. € für die Bürger in der ländlichen nordöstlichen Region von Passau zu rechnen.

Bei einem persönlichen Gespräch am 13. April 2010 in der Obersten Baubehörde mit Herrn Ministerialdirektor Poxleitner war dessen Aussage: „Wenn der Bund den Ausbau der Nordumfahrung Passau beschließt, dann geht der Ausbau schneller.“

Deshalb fordern wir unseren Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer und unseren Staatssekretär Dr. Andreas Scheuer auf, einen Beschluss im Kabinett herbeizuführen, das bereits jetzt das Planfeststellungsverfahren für die 3 km von der B 12 Kastenreuth bis zur B 85 in Patraching eingeleitet wird und nicht erst, wenn dieses Teilstück in das Bundesfernstraßennetz aufgenommen ist, damit bei der nächsten Möglichkeit sofort gebaut werden kann. Hierum wurden Sie auch schon von MdEP Manfred Weber gebeten. Wir sind es endlich leid, nur Lippenbekenntnisse zu hören, wir fordern jetzt auch die Umsetzung, die lt. Ramsauer vom 26. Juli 2010 beim Bayerischen Wirtschaftstag in Regensburg auch außerhalb des Bundesfernstraßenbedarfsplanes möglich ist, denn hier wurde für die „Osterweiterung“ eigens ein Gesetz geschaffen.

Landrat Franz Meyer hat vor 2 Jahren versäumt, als es um die Straußbrücken-Erweiterung ging, die dem nördlichen Landkreis Passau nichts bringt, die Nordumfahrung Passau mit OB Dupper auszuhandeln. Eine positive Machbarkeitsstudie für die Nordumfahrung von der Regierung von Niederbayern die im Jahr 2003 veröffentlicht wurde, liegt vor.

Zur Thematik „Donaubrücke“

Wir wollen eine Donaubrücke wie in Neuhaus-Schärding und in Bad Füssing-Obernberg über den Inn und eine schnelle Erreichbarkeit der A3 Passau-Nord mit der längst überfälligen Nordumfahrung von Passau. Diese Donaubrücke soll aber keine „Europa-Brücke“ werden wie Sie Landrat Franz Meyer bezeichnet, sondern eine regionale Brücke bleiben, um zwei Ufer und Länder miteinander zu verbinden, wie dies auch Landeshauptmann Pühringer wünscht.

Als ich bei einem Besuch im Rathaus Passau Herrn Oberbürgermeister Jürgen Dupper den Flyer vorstellte war nur negatives zur Nordumfahrung und Donaubrücke zu hören. Das Kirchturmdenken des Oberbürgermeisters war deutlich zu hören. Anscheinend soll die Innenstadt durch den Schwerlastverkehr genau so kaputt gemacht werden wie die Ilzstadt.

Bei der Formulierung zu den Aussagen im Flyer der BI weigerte sich Landrat Franz Meyer vehement, dass er auch eine Donaubrücke unterstützt, er meinte das ist Sache der Stadt Pasau. MdL Konrad Kobler hingegen fordert diese und steht hier fest dahinter. Herr Landrat soll sich von der Meinung seines Regierungsdirektors Froschhammer lösen und nicht auch Herrn Innenminister Joachim Herrmann bzw. die Oberste Baubehörde fragen, ob wir eine Brücke brauchen, sondern auf die Unternehmer und Bürger unserer Region hören, die eine Donaubrücke fordern. Diese Brücke ist für die Bürger von Stadt und Landkreis Passau und der Sauwaldregion in Oberösterreich notwendig. Bereits vor 2 Jahren stellte die BI Antrag an Herrn Landrat und die Mitglieder des Kreistages Passau, eine Machbarkeitsstudie mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung für eine Donaubrücke Löwmühle – Achleiten zu erstellen.

Landrat und Oberbürgermeister spielen auf Zeit, aber ich bin überzeugt, die Zeit holt sie ein. Dieses Spiel ist verantwortungslos. Die leidtragenden sind die Bürger in unserer Region. Es müsste auch mehr um Sachpolitik als Parteipolitik gehen.

Laut Aussage von Herrn MdEP Manfred Weber müssen die Bürger und Unternehmer mit Ihren Politikern vor Ort sagen was sie brauchen und in Brüssel Antrag stellen, denn dort ist Geld vorhanden.

Der oberösterreichische Landtagspräsident Bernhofer schlug vor, dass endlich eine offizielle Stelle an das Bundesland Oberösterreich herantrete.

Diese Donaubrücke mit Tunnel kostet lt. Studie der Fritsch, Chiari & Partner ZT GmbH aus Wien 70 Mio. €. Hierfür bekommt man eine Förderung von 85% - 90% für grenzüberschreitende Maßnahmen aus Brüssel, somit würden bei der Stadt Passau, dem Landkreis Passau und dem Land Oberösterreich je 3 Mio. € zur Finanzierung verbleiben.

Die BI bittet erneut Herrn Landrat Franz Meyer und Herrn Oberbürgermeister Jürgen Dupper, dass sie offiziell an das Land Oberösterreich herantreten wie es der Landtagspräsident von Oberösterreich Herr Friedrich Bernhofer am 28.10.2011 vorschlug.